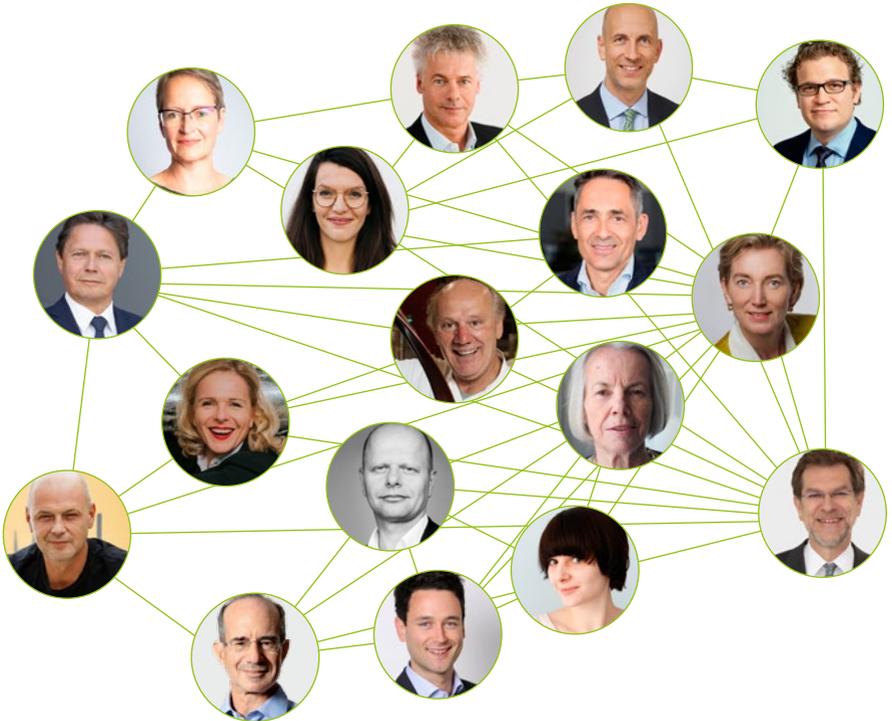


Nachhaltige Wirtschaft post Corona: Utopie oder einzig vernünftige Lösung?



VBV im Diskurs

Nachhaltige Wirtschaft post Corona:
Utopie oder einzig vernünftige Lösung?

„Wir tragen als Vordenker und Unternehmen mit Verantwortung maßgeblich zu Klimaschutz und Lebensqualität in Österreich bei.“

CSR-Strategie der VBV-Gruppe

Inhalt

Vorwort der Herausgeber

Andreas Zakostelsky, Generaldirektor der VBV-Gruppe	9
Gabriele Faber-Wiener, Center of Responsible Management	13

ExpertInnengespräche

Nachhaltige Wirtschaft post Corona: Utopie oder einzig vernünftige Lösung?	
Das sagen führende ExpertInnen	17
Das sagen Österreichs ManagerInnen	33
So sehen heimische JournalistInnen die Zukunft	47

Die VBV und ihr Umfeld in Zahlen und Fakten	60
--	----

VBV im Diskurs: Wir brauchen Vordenkerinnen und Vordenker

Das Jahr 2020 hat bereits viel verändert. Viele sehen sich nach der „guten alten Zeit“ zurück – vor dem März 2020. Sentimental zurückblicken ist aber ganz und gar nicht meine Art und schon gar nicht unser Zugang in der VBV. Vordenker sind heute mehr denn je gefragt.

Denn die Zeit lässt sich nicht zurückdrehen. Weder im Zusammenhang mit dem Corona-Virus, noch beim Thema Klimawandel, der definitiv größeren Bedrohung für uns alle.

Deshalb ist es als Vordenker gerade jetzt besonders wichtig, Impulse zu setzen und einen Beitrag in Richtung eines grünen Wiederaufbaus zu leisten. Grün, das bedeutet für uns nachhaltig, zukunftsweisend und klimaschonend. Diese Werte sind für die VBV-Vorsorgekasse als Nachhaltigkeits-Pionier seit unserer Gründung vor 20 Jahren zentral.



Mag. Andreas Zakostelsky
Generaldirektor VBV-Gruppe,
Vorstandsvorsitzender VBV-Vorsorgekasse

„Klimaschutz
zum Leitthema –
heute, morgen
und jeden Tag!“

Zum Vordenken anregen

Mit „VBV im Diskurs“ ist es uns im Frühsommer 2020 gelungen, innerhalb von drei Terminen namhafte heimische ManagerInnen, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen virtuell an einem Tisch zu bringen, um zum Vordenken anzuregen. Im Fokus dabei stand die Wirtschaft, die Gesellschaft, kurz die Zukunft nach Corona. Eine Zukunft, die geprägt sein wird vom bereits begonnen Klimawandel. Und im Vergleich ist definitiv die Klimakrise die gravierendste Krise der Gegenwart und Zukunft, die uns heute schon betrifft.

Um sie zu bewältigen, liegt es an jedem Einzelnen von uns, Verantwortung zu übernehmen und im eigenen Umfeld die richtigen Schritte zu setzen: Die VBV zum Beispiel hat führende heimische Vorsorgekasse (Abfertigung NEÜ) ihr Kerngeschäft in der Veranlagung der ihr anvertrauten Geldmittel. Wir

setzen dabei seit Anbeginn unseres Unternehmens auf eine nachhaltige Veranlagung – mit Erfolg: wir erwirtschaften langfristig das beste Ergebnis aller seit 2003 aktiven Vorsorgekassen.

Seit 2014 arbeiten wir als Unternehmen klimaneutral. 2015 hat sich die VBV – als erstes Finanzinstitut im deutschsprachigen Raum – dazu verpflichtet, den „CO₂-Fußabdruck“ ihres Portfolios zu messen. Seit 2016 hat sich unser Unternehmen völlig aus Veranlagungen zurückgezogen, die mindestens fünf Prozent des Umsatzes mit dem Abbau oder dem Handel von Kohle erwirtschaften. 2019 wurde die VBV dafür und zahlreiche weitere Anstrengungen in die weltweite Top-Nachhaltigkeitsgruppe (PRI-Leaders-Group) der von den Vereinten Nationen unterstützte PRI-Initiative aufgenommen.

Die Bevölkerung will eine nachhaltige Wirtschaft

Es geht aber nicht nur um uns und unser Handeln. Wir spüren den breiten Rückhalt unserer Kundinnen und Kunden. In unserer jüngsten Befragung zum Thema Regionalität, Sicherheit und Nachhaltigkeit haben uns 88% der Befragten zurückgespiegelt, dass der Wiederaufbau der Wirtschaft post Corona ein Nachhaltiger sein muss. Die große Frage, die uns jetzt und in Zukunft beschäftigen wird, ist das Wie.

Um hier Impulse zu setzen haben wir „VBV im Diskurs“ ins Leben gerufen. Schon die ersten drei Diskussionsrunden waren wirklich spannende Dialoge. Bei der Wahl der Diskutantinnen und Diskutanten war es uns besonders wichtig, einen repräsentativen Querschnitt unterschiedlicher Branchen und Denkansätze zu vereinen. Gemeinsam mit führenden Vertreterinnen und Vertreter unserer Gesellschaft, ist es uns gelungen außergewöhnliche Denkansätze zur Debatte zu stellen. Das Ergebnis ist ein spannender Diskurs, der das Potenzial hat, die Zukunft mit zu gestalten.

Klimaschutz als Leitthema: Zukunfts-Ausschuss im Parlament

Wir werden einerseits diesen Diskurs ganz bestimmt fortsetzen. Freuen Sie sich schon heute auf weitere spannende Dialoge. Andererseits sehen wir es als Nachhaltigkeits-Pionier als unsere Aufgabe, Aspekte weiterzutragen – in die Wirtschaft und in die Politik. Denn insbesondere die Politik

ist gefordert, die im Regierungsprogramm festgelegte Klimaneutralität bis 2040 so rasch als möglich umzusetzen. Es führt kein Weg daran vorbei Klimaschutz zum Leitthema zu erklären – heute, morgen und jeden Tag. Ein Vorschlag: Wie wäre es z.B., ähnlich den bereits bekannten U-Ausschüssen, einen Z-Ausschuss im Nationalrat über alle Parteien hinweg zu initiieren. Z wie Zukunft. Endlich einmal ein Ausschuss, der vorausdenkt und sich mit unserer nachhaltigeren Zukunft auseinandersetzt.

Ich möchte mich an dieser Stelle nochmals an allen Teilnehmenden bedanken. Es waren sehr konstruktive Gespräche, die wir in diesem Buch zusammengefasst haben. Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich mit dem vorliegenden Buch viel Freude. Nehmen Sie sich die Zeit und gönnen Sie sich einen spannenden Einblick in die Positionen, die wir gemeinsam mit Gabriele Faber-Wiener, der ich persönlich ebenfalls herzlich für Ihre Arbeit danke, herausgearbeitet haben. An dieser Stelle bleibt mir nur mehr, Ihnen viel Freude bei der Lektüre zu wünschen und Ihnen zu sagen, dass wir uns über jede Form des Feedbacks freuen.

Herzlichst,



Ihr Andreas Zakostelsky

Wirtschaft post Corona: Weichenstellungen für unsere Zukunft

Eigentlich hatten wir eine Diskursreihe zu nachhaltiger Finanzierung geplant. Diskurs, das heißt ein Thema von allen Seiten betrachten, es kritisch hinterfragen, Widersprüche, neue Ansätze, neue Lösungen erarbeiten.

Doch dann kam Corona. Rasch war klar: Jetzt steht ein ganz anderes Thema im Fokus – der ökonomische Wiederaufbau nach Corona. Wie kann dieser aussehen? Welche Parameter braucht es? Setzen wir dort fort, wo wir Mitte März aufgehört haben? Was heißt das für Klimaschutz und Nachhaltigkeit? Können wir uns dies noch leisten?

Viele neue Fragen. Und eine rasche Entscheidung: Die VBV Diskursreihe stellt sich genau diesen Fragen. Das Echo war immens – bei Diskurspartnern und beim Publikum.

Das bestätigt die Relevanz des Themas. Denn es geht um eine der wichtigsten Weichenstellungen überhaupt. Nach meiner langjährigen Erfahrung in allen Gesellschaftsbereichen – Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik – ist sie mit nichts zu vergleichen. Am ehesten noch mit der Zäsur nach der Ostöffnung und der damit verbundenen Chance auf einen Aufbau nach zukunftsgerichteten Kriterien.

Zukunftsfähigkeit und Zukunftsfitness – das sind die Schlüsselworte derzeit. Nach einer neuen Untersuchung sind es fünf Elemente, die ein Unternehmen fit und resilient machen: Es passt flexibel seine Strategie an. Es stellt die MitarbeiterInnen in den Fokus. Es reagiert mit Innovationen. Es setzt auf Nachhaltigkeit. Es übernimmt Verantwortung für andere.



Prof. (FH) Gabriele Faber-Wiener, MBA
Center for Responsible Management

„Viele verlangen ein Umdenken: weg vom Konsumismus – hin zu einem achtsameren Umgang mit den Ressourcen.“

Auch wenn es die Politik ist, die jetzt die Weichen stellen muss: Die Unternehmen werden entscheiden, was in die Praxis umgesetzt wird - welche Strategien sie setzen, welche Produkte sie herstellen, wem sie zuhören.

Eine Weichenstellung für uns alle: Es geht um nichts Geringeres als das Wirtschaftsbild der Zukunft. Da hat uns Corona viele Fragen gestellt, neue Themen aufgeworfen, viele Entwicklungen vor Augen geführt – manche bezeichnen Corona sogar als „Brandbeschleuniger“ für den Paradigmenwechsel.

Auch im „VBV-Diskurs“ haben wir die Frage nach dem zukünftigen Wirtschaften gestellt – und spannende Antworten bekommen. Teilweise auch sehr überraschende Antworten, verbunden mit starken politischen Forderungen – von Menschen, die bis dahin eher verhalten blieben.

Auch das ist ein Signal einer Zeitenwende. Leise Stimmen kommen langsam an die Oberfläche und verlangen ein Umdenken: weg vom Konsumismus – hin zu einem achtsameren Umgang mit den Ressourcen, nach dem Motto „weniger ist mehr“; weg von Gewinn als oberste Maxime hin zu einer langfristigen, umfassenden Management-Haltung; weg von End-of-pipe Lösungen hin zu Kreislaufwirtschaft.

All das ist nicht neu, werden Sie denken. Stimmt, aber in der Dynamik, in der Dichte ist es sehr wohl neu. Ob und wie sich diese Stimmen durchsetzen, können wir nur im Nachhinein beurteilen. Was allerdings positiv stimmt: Erstmals seit Langem ist Reflexion spürbar, ein leises – oder auch lautes – Nachdenken über Lebenshaltungen und Einstellungen, über Sinn und Unsinn, über Werte und Werthaltungen.

Diese Reflexion ist genau das, was seit 2000 Jahren unter dem Begriff Ethik bekannt ist, die Frage nach dem „guten Leben“. Im unternehmerischen Kontext bedeutet dies die systematische und gezielte Auseinandersetzung mit den eigenen Auswirkungen auf die Gesellschaft – positiv wie auch negativ. Denn nur wer sich damit ernsthaft auseinandersetzt kommt zu neuen Erkenntnissen, zu neuen Ideen und zu neuen Werthaltungen.

Sie sind es, die das Leben – und das Arbeiten – spannend machen.

In diesem Sinne freue ich mich auf eine Fortsetzung von „VBV im Diskurs“ – mit Ihnen!

Handwritten signature in black ink, reading "G. Faber-Wiener". The signature is fluid and cursive, with a large initial 'G'.

Gabriele Faber-Wiener

Das wird ein hartes Ringen

VBV im Diskurs – 06. Mai 2020

Nachhaltige Wirtschaft post Corona: Utopie oder einzig vernünftige Lösung? – Das sagen führende ExpertInnen

Unsere Leitfragen dazu:

- Welche Wirtschaft brauchen und wollen wir in Zukunft?
- Ist die Krise eine Chance zum Richtungswechsel?
- Verdrängen die Themen Arbeitsplätze und Staatsschulden den Klimaschutz?
- Wie können wir eine zukunftsfähigere Wirtschaft aufbauen?
- Welche politischen Weichenstellungen braucht es JETZT dafür?

Zu Gast:

Monika Auer

ÖGUT

Monika Auer ist seit 1995 bei der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT). Seit 2014 ist sie dort Generalsekretärin und GFin. Ihr Schwerpunkt liegt auf Energieeffizienz.



Mag. Barbara Blaha

Momentum Institut

Barbara Blaha ist Gründerin des Politikongresses Momentum. Zudem ist sie Universitätsrätin der Universität Salzburg und lehrt am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien.

DI Ingmar Höbarth

Klimafonds

Ingmar Höbarth ist seit 2007 der Geschäftsführer des Österreichischen Klima- und Energiefonds. Zudem war er Gründungsmitglied von Global 2000 und Greenpeace Österreich.



Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Kocher

IHS

Martin Kocher ist wissenschaftlicher Direktor des IHS in Wien. Er hält eine Professur für Verhaltensökonomie an der Universität Wien und ist Direktor am Zentrum für Experimentelle Wirtschaftswissenschaft an der Universität Wien.

Mag. Lukas Sustala

Agenda Austria

Er war zum Zeitpunkt des Diskurses stellvertretender Direktor der Agenda Austria. Seit Juli 2020 ist der frühere Wirtschaftsjournalist Direktor des NEOS Labs.



Im Schatten der Corona-Pandemie

scheint plötzlich vieles möglich. Das reicht von neu aufbrechenden Verteilungskonflikten bis zur Frage, ob eine klimaneutrale Wirtschaft nun noch finanzierbar wäre.

Das wird ein hartes Ringen

Im Rahmen des Formats „VBV im Diskurs“ erörterte eine Runde hochkarätiger Expertinnen und Experten die Frage nach der Zukunft unserer Wirtschaft und welche politischen Weichenstellungen jetzt vonnöten wären. Im Schatten der Corona-Pandemie scheint plötzlich vieles möglich. Das reicht von neu aufbrechenden Verteilungskonflikten bis zur Frage, ob eine klimaneutrale Wirtschaft nun noch finanzierbar wäre. Gleichzeitig bietet die Krise die Chance, viele Dinge neu zu denken, bereits lange schwelende Konflikte unter dem Teppich hervorzuholen und den Kompass unserer Ökonomie ganz neu auszurichten.

Die Reaktion kam nicht ganz unerwartet. Als sich kurz nach Ausbruch der Corona-Krise die Schlagzeilen zu Wirtschaftseinbruch, Rezession und Arbeitslosigkeit häuften, führten die Rahmenbedingungen der „neuen Normalität“ rasch zu einem Diskurs über die „neuen Prioritäten“. Welche politischen Maßnahmen sind jetzt zu treffen und wie kann der angeschlagenen Wirtschaft unter die Arme gegriffen werden? Angesichts des beängstigenden Ausmaßes der möglichen ökonomischen Implikationen wurde die Bedeutung der Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit von verschiedenen Seiten schnell relativiert.

Unterschiedliche Interessensgruppen legen dieser Tage Vorschläge auf den Tisch, wie solche Veränderungen der Schwerpunkte aussehen könnten. Diese reichen von der Aufweichung bereits vereinbarter Klimaziele bis hin zu einer „Verschrottungsprämie“, um den Neukauf von Autos anzukurbeln. Eine Maßnahme, deren ökonomischer und ökologischer Nutzen schon nach der letzten Krise – der Finanzkrise von 2008 – in Zweifel gezogen wurde.

Dieser Diskussion zugrunde liegt die Annahme, dass die Ausrichtung der Wirtschaft auf Klimaneutralität und dem Prinzip der Nachhaltigkeit einen Luxus darstellt - Mehrkosten, die wir uns nach der Corona-Pandemie nicht mehr leisten können. Eine vereinfachende Zuspitzung „Corona versus Klima“, die Andreas Zakostelsky, Generaldirektor der VBV-Gruppe, so nicht stehen lassen will. Aus seiner Sicht befinden wir uns an einer entscheidenden „Schnittstelle der weiteren Entwicklung der Welt“, an der wir uns

fragen müssen, wie wir mit dem langfristig wichtigsten Thema umgehen. „Und das ist aus unserer Sicht die Klimakrise, respektive der Klimaschutz.“

Um eben an diesem neuralgischen Punkt über die Wirtschaft in Post-Corona Zeiten und notwendige politische Weichenstellungen zu diskutieren, bat Zakostelsky Mitte Mai fünf Expertinnen und Experten zur ersten Veranstaltung der Reihe „VBV im Diskurs“. Die Frage nach der Zukunft der Klimapolitik ist auch deshalb besonders brisant, weil die EU-Kommission erst im Dezember – gegen den Widerstand mancher Mitgliedsstaaten – den sehr ambitionierten Green Deal, mit umfangreichen Maßnahmen und dem Endziel einer klimaneutralen Wirtschaft bis 2050, auf den Weg gebracht hat. Nun besteht die ernsthafte Sorge, dass dieser von einer erstarkenden Gegnerschaft wieder vom Tisch gewischt wird.

„Unsere Erwartung an die Bundesregierung ist, sich auf europäischer Ebene ganz klar für die Einhaltung des Green Deal einzusetzen.“

Andreas Zakostelsky

„Unsere Erwartung an die Bundesregierung ist, sich auf europäischer Ebene ganz klar für die Einhaltung des Green Deal einzusetzen“, formulierte Zakostelsky die Position der VBV-Gruppe, die auch von den Kundinnen und Kunden in einer breit angelegten Umfrage bestätigt wurde. Im Grunde besteht ein gesellschaftlicher Grundkonsens zur Nachhaltigkeit. Die Zahlen der EU aus der letzten Eurobarometer-Umfrage zeigen, dass die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Europa

der Ansicht ist, dass der Umweltschutz wichtig ist (95 Prozent). Fast acht von zehn Europäerinnen und Europäern (77 Prozent) sagen, dass Umweltschutz das Wirtschaftswachstum ankurbeln kann.

Konkrete Verteilungsfragen

Martin Kocher, Direktor des Instituts für Höhere Studien (IHS) warnt allerdings davor, diesem Stimmungsbild zu viel Gewicht zu geben: „Auf der Makroebene sind wir uns alle einig. Eine Wirtschaft, die nachhaltig ist, kann langfristig gleiches oder sogar höheres Wachstum erzielen als eine Wirtschaft, die nicht nachhaltig ist.“ Konflikte sind seiner Meinung nach in der Post-Corona-Ära auf der Mikroebene zu erwarten. Da geht es um ganz

konkrete Verteilungsfragen, wie etwa die bereits erwähnte „Abwrackprämie“. „Wenn es die nicht gibt, werden Menschen in der Autoindustrie ihre Arbeitsplätze verlieren“, so Kocher. Der Teufel steckt also im Detail und die nächste Zukunft wird einige Detaildiskussionen bringen, wie öffentliche Mittel eingesetzt werden und welche Branchen davon profitieren sollen.

„Eine Wirtschaft, die nachhaltig ist, kann langfristig gleiches oder sogar höheres Wachstum erzielen.“

Martin Kocher

In diesem Kontext sieht Lukas Sustala vom wirtschaftsliberalen Think Tank Agenda Austria keine guten Voraussetzungen, dass die Transformation zur nachhaltigen Wirtschaft durch die Corona-Krise beschleunigt werden könnte. Derzeit stünde die Überwindung der tiefen Rezession und die Bewältigung der Krise im Fokus aller gesamtgesellschaftlichen Maßnahmen. Es gilt die Einkommensverluste zu kompensieren. Unter solchen leiden aber vor allem jene Branchen, die eher dem Dogma des Wachstums als jenem der Nachhaltigkeit anhängen. Aus diesem Grund würde, so Sustala, die Corona-Unterstützung bei diesen Unternehmen nicht primär in zukünftige Technologien oder nachhaltige Investments fließen. Jetzt müsse die traditionelle Wirtschaft wiederbelebt werden, um erneut Wachstum zu generieren. „Ohne Wachstum, ohne Einkommenszuwächse in der gesamten Volkswirtschaft ist vieles komplizierter als einfacher“, so Sustala.

Dennoch ist es gerade in dieser Krisensituation entscheidend, die Maßnahmen mit Augenmaß und Weitblick zu gestalten. Vor allem, um zu vermeiden, dass jetzt Anreize gesetzt werden, die falsche Effekte haben oder mittel- bis langfristig Strukturen aufbauen, die einer klimaneutralen Ökonomie zuwiderlaufen. Eine Kerbe, in die auch Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds schlägt. Wenn jetzt Geld unreflektiert ausgegeben wird, „besteht die Gefahr, dass das für die ‚Würst‘ war“. Aus seiner Sicht braucht man ein „Big Picture“ und als große Transformationsschraube in Richtung Klimaneutralität betrachtet er die ökosoziale Steuerreform – also eine Bepreisung von CO₂-Emissionen mit gleichzeitiger Rückverteilung der eingenomme-

„Durch die kurzfristigen Hilfsmaßnahmen darf die ökosoziale Steuerreform nicht konterkariert werden.“

Ingmar Höbarth

nen Mittel an Haushalte und Unternehmen. Das, in Kombination mit Planbarkeit, löst Investitionen aus, meint der Experte, aber „durch die kurzfristigen Hilfsmaßnahmen darf die ökosoziale Steuerreform nicht konterkariert werden.“

Schwacher Arbeitsmarkt bringt junge Menschen in Schwierigkeiten

Dass Nachhaltigkeit nicht nur ökologische, sondern auch sozialen Aspekte beinhaltet, darauf verwies Barbara Blaha, Leiterin des Momentum Instituts, einem Think Tank, der sich der Entwicklung von Ideen für eine gerechtere Gesellschaft beschäftigt. „Wir müssen auch die soziale Nachhaltigkeit im Auge behalten“, erklärt sie. Und hier kommen durch die Corona-Krise

„Eine ganze Generation startet mit der Erfahrung der Arbeitslosigkeit in den Jobmarkt.“

Barbara Blaha

durchaus neue Herausforderungen auf die Gesellschaft zu. Rund 1,8 Millionen Menschen befinden sich in Kurzarbeit oder sind arbeitslos. „Vor allem die Jugend ist massiv betroffen. Eine ganze Generation startet mit der Erfahrung der Arbeitslosigkeit in den Jobmarkt“, so Blaha, die sich vor diesem Hintergrund für öffentliche Beschäftigungsprogramme einsetzt.

In Zeiten wirtschaftlicher Krisen ist der Arbeitsmarkt insbesondere für junge Menschen ein schwieriges Pflaster. Unternehmen mit Problemen bilden keine Nachwuchskräfte aus oder reduzieren ihre Arbeitsplätze – und zuerst sind dabei immer die zuletzt ins Unternehmen Gekommenen und damit meist die jungen Beschäftigten betroffen.

In diesem Zusammenhang wurde der Begriff der NEET-Gruppe geprägt. Das sind junge Menschen, die sich weder in Ausbildung, noch in einem Arbeitsverhältnis, noch in Schulung befinden. In der Corona-Krise besteht die Gefahr, eine „verlorene Generation“ von NEETs zurückzulassen. Dass diese Sorge nicht unberechtigt ist, zeigt eine Studie der Linzer Johannes-Kepler-Universität. Diese prognostiziert für Österreich eine Verdoppelung der arbeitslosen Jugendlichen auf 80.000 und das Fehlen von 7.500 Lehrstellen. Vor allem die coronabedingte Krise im Tourismus wirkt sich negativ aus.

Green Deal der EU

FAKTEN

Mitte Dezember 2019 – zwei Wochen nach Amtsantritt der neuen Europäischen Kommission – wurde ein Green Deal für die EU vorgelegt. Er legt dar, wie Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent gemacht werden kann und bietet einen Fahrplan, der die Wirtschaft Europas nachhaltiger machen soll.

Zentrale Absicht des Green Deal ist es, ökologische Politik und Wachstum zu kombinieren. Der Plan ist eine Strategie, in der das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist. Dass das möglich ist, zeigen die Zahlen der letzten Jahre: 2018 lagen die CO₂-Emissionen in der EU 23 Prozent niedriger als 1990, während das BIP der Union im selben Zeitraum um 61 Prozent zunahm.

Der Grüne Deal erstreckt sich auf alle Wirtschaftszweige – Verkehr, Energie, Landwirtschaft und Gebäude sowie die Stahl-, Zement-, IKT-, Textil- und Chemieindustrie – und für dessen Verwirklichung sind erhebliche Investitionen notwendig. Um die derzeitigen Klima- und Energieziele bis 2030 zu erreichen, müssen Schätzungen zufolge jährlich 260 Mrd. Euro zusätzlich investiert werden. Das entspricht ca. 1,5 Prozent des BIP von 2018. Eine Summe, die sowohl aus dem öffentlichen als auch dem privaten Sektor zu stemmen sein wird. Mindestens 25 Prozent des langfristigen EU-Haushalts sollen künftig für den Klimaschutz aufgewendet werden.

Um das politische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu verankern, wird die Kommission auch gesetzgebend tätig. Geplant sind ein erstes europäisches Klimagesetz, eine Biodiversitätsstrategie bis 2030, eine neue Industriestrategie, ein Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft und die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ für nachhaltige Lebensmittelproduktion.

2019 lag die Jugendarbeitslosigkeit (15 bis 24jährige) in Österreich bei 8,5 Prozent. Das ist Platz fünf in der EU und kein wirkliches Ruhmesblatt für eine Land, das diese Statistik im Jahr 2010 noch angeführt hat. Heute liegt Tschechien an der Spitze (5,6 Prozent). Am anderen Ende der Skala

befinden sich Griechenland (35,2 Prozent), Spanien (32,5 Prozent) und Italien (29,2 Prozent).

Bedenklich sind diese Werte auch deshalb, weil arbeitslose Jugendliche sehr gut in das Beuteschema von Populisten und Extremisten passen. Damit kann die Enttäuschung von Millionen NEETs auch eine Gefahr für die Demokratie und die Akzeptanz der freiheitlichen werden.

Dabei könnte sogar der Generationenvertrag ins Wanken kommen. „Wir wissen aus vergangenen Krisen, dass Vernarbungen im Lebenslauf lang-

„ Wir wissen aus vergangenen Krisen, dass Vernarbungen im Lebenslauf langfristig Auswirkungen auf Einkommen haben.“

Lukas Sustala

fristig Auswirkungen auf Einkommen haben. Hält nun die Phase hoher Arbeitslosigkeit und niedriger Einkommen länger an, so wird das zwischen den Generationen zu Spannungen führen“, so Lukas Sustala von Agenda Austria. Durch Corona tritt der Widerspruch zwischen alten, abgesicherten Menschen und mit einem Bein im Prekariat stehenden jungen stärker zu Tage. Während die eine Gruppe gesundheitlich von Corona besonders gefährdet ist, wirtschaftlich aber nichts zu befürchten hat, steht die andere ökonomisch mit dem Rücken zur Wand. Neben dem Strukturwandel, den die For-

cierung einer klimaneutralen Wirtschaft auslöst, tut sich hier eine zweite, bereits vor Corona bestehende aber jetzt stärker zu Tage tretende Konfliktlinie auf: jene zwischen den Generationen.

Die Krise als Verstärker

Aber die Krise lässt nicht nur bestehende Widersprüche stärker zu Tage treten, sondern auch Dinge, die sich bereits im Fluss befinden, gewinnen an Dynamik. „Krisen verstärken immer schon einen Strukturwandel, der schon vorher begonnen hat“, sagt Martin Kocher vom IHS. Digitalisierung, Entglobalisierung und Nachhaltigkeit seien Megatrends, die nun noch weiter Fahrt aufnehmen werden. Einem Brennglas gleich zeigt die Krise auch Schwachstellen, schlechte Kompromisse und Widersprüche auf, die bereits vorher in einem System vorhanden waren.

Das betrifft Wirtschaft und Umwelt, Arbeit und Demografie, aber auch Bildung und Gesundheit. Jene Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, die sich – in Massenquartieren untergebracht – besonders häufig anstecken, sind da nur ein Beispiel von vielen. Ein weiteres ist die Abhängigkeit unseres Pflegesystems von ausländischen Fachkräften. „Die Pflege lassen wir seit Jahren ein bisschen dahinsumpfern“, kritisiert Barbara Blaha. „Alle zwei Wochen wechseln 65.000 Frauen über unsere Staatsgrenzen, weil wir es nicht hinkriegen, das hier ordentlich bezahlt wird.“

Zeiten, in denen ungelöste Probleme derart offensichtlich werden, bieten aber auch die Chance, ganz neue, bislang undenkbare Wege einzuschlagen. „Utopie ist eigentlich eine Vision, die noch keinen Ort hat“, sagt Monika Auer, Generalsekretärin der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT). Jetzt sei die Chance da, eine effektive Weichenstellung vorzunehmen und Dinge zu unterstützen, die schon seit Jahrzehnten diskutiert würden.

„ Utopie ist eigentlich eine Vision, die noch keinen Ort hat.“

Monika Auer

„Natürlich kann Corona nicht alles lösen“, erklärt Auer, aber „Corona ist eine Verschärfung der Krise mit anderen Vorzeichen.“ Quasi beiläufig zeige das Virus auf, wo die zentralen Probleme der Gesellschaft liegen. Diese Situation bietet laut Auer die Chance, jetzt auch „schwer vermittelbare Themen“ zu diskutieren, wie etwa jenes der notwendigen Steigerung der Energieeffizienz.

Damit ist die rationelle Verwendung von Energie gemeint, ohne die unsere Klimaziele nicht erreichbar sind. Sie stellt das Verhältnis von Dienstleistungs-, Waren- oder Energieertrag zur zugeführten Energie dar. Die EU-Richtlinie zur Energieeffizienz sieht vor, dass der Primärenergieverbrauch bis 2030 um 32,5 Prozent reduziert werden muss (gemessen am geschätzten Energieverbrauch für das Jahr 2020). Bei den dafür notwendigen Maßnahmen setzt man auf effizientere Verkehrsträger, sanierte Gebäude und energieeffiziente Produkte.

Ökosoziale Steuerreform

Die Grundidee der ökosozialen Steuerreform ist eine **Bepreisung von CO₂-Emissionen**, wobei die Erträge daraus nicht im Staatssäckel verschwinden, sondern über Transferleistungen wieder bei Unternehmen und Haushalten landen. Bei geschickter Ausgestaltung hat das Konzept – das auch Teil des türkis-grünen Regierungsprogramms ist – keine negativen Auswirkungen auf Wirtschaft, Beschäftigung und Haushalte.

Das zeigen beispielsweise Berechnungen des WIFO. Die Kernfrage dabei ist, wie die Steuereinnahmen verwendet werden. In den Modellsimulationen der Wirtschaftsforscher wurde mit einer Kombination aus sozial gestaffeltem **Öko-Bonus für Haushalte** und reduzierten Lohnnebenkosten die besten Ergebnisse erzielt. Der Bonus federt die Belastung durch die neue Steuer ab und erhöht die Akzeptanz in der Bevölkerung. Gleichzeitig nivelliert eine Senkung der Lohnnebenkosten die Mehrkosten für Betriebe. Laut WIFO kann so eine Win-Win-Situation hergestellt werden: Die klimaschädlichen Emissionen sinken bei keinen bzw. leicht positiven Effekten auf Wirtschaft, Beschäftigung und Einkommen.

Für eine Besteuerung in Frage kommen jene CO₂-Emissionen, die nicht schon vom EU-Emissionshandel (ETS) abgedeckt sind. In diesem Rahmen werden energieintensive Industrien wie Stahl, Raffinerien, Zement, Papier, Chemie, etc. besteuert. Zieht man diese ab, verbleiben für Österreich rund 40 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen jährlich für eine mögliche Ökosteuer. Bei einem angenommenen Preis von 50 Euro pro Tonne würde das jährliche Aufkommen in einem ersten Schritt bei etwa zwei Milliarden Euro liegen. Anpassungseffekte – geringerer Verbrauch wegen höherer Steuern – sind dabei nicht berücksichtigt.

Wie es funktionieren kann, zeigen **positive Beispiele aus der Praxis**. In Schweden wurde eine Ökosteuer bereits 1991 eingeführt. Dort ist das BIP seither kontinuierlich gestiegen, während die CO₂-Emissionen absolut gesunken sind. Eine ökosoziale Steuerreform hat auch die kanadische Provinz British Columbia hinter sich. Dort sind zum einen die Emissionen zurückgegangen und zum anderen lag die wirtschaftliche Entwicklung auf demselben Niveau wie in den übrigen Landesteilen.

Das negative Beispiel der jüngeren Vergangenheit ist Frankreich. Eine ausschließliche CO₂-Steuer, ohne Rückvergütung der Einnahmen, hat dort vor etwas mehr als einem Jahr zu den monatelangen „Gelbwesten-Protesten“ geführt.

Zitierte WIFO Studie: <https://cats.wifo.ac.at/index.htm>

Wiederaufbau mit weiteren Zielen verknüpfen

Für Österreich, so Auer, könnte das heißen, in nachhaltige Technologie und Umwelttechnik zu investieren, um die Konjunktur wiederzubeleben. Seit über 15 Jahren zeigen sich in diesem Bereich deutliche Zuwächse. Das wäre eine Chance, auf dem Pfad der Klimaneutralität wieder aus dem Corona-Tief herauszukommen.

Die Chancen Österreichs im Bereich der Umwelttechnologie sieht auch Ingmar Höbarth: „Das sind die Arbeitsplätze von morgen“, ist der Experte überzeugt. Solche Produkte hätten das Zeug zum Exportschlager zu werden. Mit den entsprechenden politischen Rahmenbedingungen wäre hier eine Vorreiterrolle Österreichs möglich. „Wenn man aber schläft, dann wird man nachher die Rücklichter vom Zug sehen“, meint Höbarth.

Eine Position, die Martin Kocher vom IHS nicht zu 100 Prozent teilen kann: „Österreich kann nur eine Vorreiterrolle spielen, wenn wir uns europaweit einigen. Der österreichische Markt allein ist zu klein.“ Der Wirtschaftsforscher warnt auch vor Übereile bei konjunkturfördernden Maßnahmen bzw. einem ganzen Konjunkturpaket: „Wir haben noch eine große Unsicherheit in der jetzigen Situation. So lange diese noch so groß ist, wird jedes Konjunkturpaket verpuffen.“ Der Grund dafür ist die fehlende Nachfrage bei den Konsumentinnen und Konsumenten. Die Menschen brauchen Sicherheit, um ihr Geld auch tatsächlich auszugeben.

Jedenfalls war sich die Runde einig, dass die kurzfristigen Fördermaßnahmen im Einklang mit bestehenden Klimazielen stehen müssen. „Staatshil-

fen sind langfristig und klimaorientiert aufzusetzen“, betonte Zakostelsky. Wie das konkret aussehen könnte zeigt das Beispiel der Air France. Sieben Milliarden Euro Unterstützung erhält das durch die Krise von der Insolvenz bedrohte Unternehmen durch den französischen Staat, muss dafür aber Vorgaben bei der Reduktion des CO₂-Ausstosses erreichen.

„Die Krise wird uns in den nächsten zwei, drei, vier Jahren stark beschäftigen. Es macht also keinen Sinn, den Wiederaufbau nicht mit anderen strategischen Zielen zu verbinden.“

Martin Kocher

Vor diesem Hintergrund tut sich ein „Window of Opportunity“ von möglicherweise historischem Ausmaß auf. Eine Zeit, in der festgefahrene Positionen aufbrechen und Tabus verschwinden können. Eine Zeit der Erschütterung und der Veränderung, in der die Weichen der Zukunft neu gestellt werden können. Für Gastgeber Andreas Zakostelsky kann das Fazit in dieser Situation nur lauten, nicht am Ziel einer klimaneutralen Wirtschaft zu rütteln. Aber – da macht sich der Generaldirektor der VBV-Gruppe keine Illusionen – „ich glaube, das wird ein hartes Ringen“. ■

„Es wäre falsch, nach dieser Krise den Status quo wiederherzustellen. Das ist nicht das Ziel und wäre auch nicht möglich“, ist Martin Kocher überzeugt. „Die Krise wird uns in den nächsten zwei, drei, vier Jahren stark beschäftigen. Es macht also keinen Sinn, den Wiederaufbau nicht mit anderen strategischen Zielen zu verbinden.“ Nun müsse Einigkeit hergestellt werden, welche Projekte, Ziele und Pläne das sein könnten.

Nachhaltige Wirtschaft post Corona: Utopie oder einzig vernünftige Lösung?

VIDEO



Mittwoch, 6. Mai 2020



Das komplette Gespräch finden Sie unter

You Tube <https://www.youtube.com/watch?v=UKUfpxEbsZY>

Nach- haltigkeit macht resilienter

VBV im Diskurs – 27. Mai 2020

Nachhaltige Wirtschaft post Corona – was sagen Österreichs ManagerInnen?

Unsere Leitfragen dazu:

- Was brauchen Unternehmen – jetzt und in den nächsten Monaten?
- Was wird und muss sich auf längere Sicht ändern?
- Wie können wir eine zukunftsfähigere und resilientere Wirtschaft aufbauen?
- Welchen Stellenwert hat Nachhaltigkeit dabei?
- Welche politischen Weichenstellungen sind jetzt dafür notwendig?

Zu Gast:

DI Wolfgang Anzenruber

Verbund AG

Wolfgang Anzenruber ist seit 2009 Vorstandsvorsitzender der Verbund AG. Er hat das Unternehmen in den letzten 10 Jahren stark in Richtung Ökologisierung und Nachhaltigkeit geprägt.



Roland Fink

Niceshops GmbH

Roland Fink ist Gründer und Geschäftsführer der niceshops Gruppe, die in der Südsteiermark ca. 40 Onlineshops entwickelt und betreibt. Quasi „das steirische Amazon“ – aber nachhaltig und sozial.



DI Hubert Rhomberg

Rhomberg Bau

Hubert Rhomberg leitet in 4. Generation die Rhomberg Gruppe. Als Visionär hat er sich auf Hochhäuser auf Holz spezialisiert und setzt voll auf Themen wie Ressourcen-Produktivität und nachhaltiges Wirtschaften.

Michaela Reitterer

Boutiquehotel Stadthalle, Österr. Hotelierversammlung

Michaela Reitterer ist Eigentümerin des Boutiquehotel Stadthalle in Wien, aus dem sie ein ökologisches Vorzeigehotel machte. Zudem ist sie Präsidentin der österreichischen Hoteliersvereinigung.



Josef Zotter

Zotter Schokolade GmbH

Josef Zotter bezeichnet sich selber als Chocolatier, Bio-Landwirt und Andersmacher. Er ist 2014 hat er in Shanghai ein Schokoladen-Theater eröffnet, und ist seit 2015 mit Zotter Chocolates US auch am US-Markt.



Kurzfristig steht die Sicherung von Liquidität im Vordergrund,

aber auf lange Sicht haben Unternehmerinnen und
Unternehmer deutlich weitergehende Vorstellungen.

Nachhaltigkeit macht resilienter

**„Prognosen sind schwierig, vor allem wenn sie die Zukunft betreffen.“
Dieses Zitat des dänischen Physikers Niels Bohr trifft die aktuelle Situa-
tion der heimischen Wirtschaft recht gut. Kurzfristig steht die Sicherung
von Liquidität im Vordergrund, aber auf lange Sicht haben Unterneh-
merinnen und Unternehmer deutlich weitergehende Vorstellungen.**

Er würde es vermutlich gar nicht gerne hören, aber blickt man auf die nackten Zahlen, dann könnte man Roland Fink beinahe ein wenig als „Corona-Gewinner“ bezeichnen. Wenn der Geschäftsführer der Niceshops GmbH auf die letzten Wochen und Monate zurückblickt, dann fällt ihm dazu das Prädikat „total crazy“ ein. In den Online-Shops des steirischen Unternehmens stiegen die Umsätze überproportional an. Bei Lebensmittelbestellungen gab es ein Plus von 500 Prozent, bei Gartenprodukten lag der Zuwachs bei 500 bis 700 Prozent. Und der absolute Überflieger: Aufstellpools mit einem Plus von 1.000 Prozent. Ausverkauft. Zunächst war unklar, wie die viele Arbeit überhaupt zu bewältigen sei. Daher wurde die Belegschaft innerhalb von drei Wochen von 250 auf 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgestockt.

Aber natürlich steht der Online-Handel nicht repräsentativ für die Gesamt-
heit der Unternehmen, die zu einem großen Teil seit Mitte März in ganz
schwieriges Fahrwasser geraten sind. Michaela Reitterer, Inhaberin des Bou-
tiquehotel Stadthalle in Wien, kann davon ein Lied singen. Sie hat noch im
Jänner 600.000 Euro in ihr Unternehmen investiert. „Dann wurden wir von
Hundertfünfzig auf Null runtergebremst. Und das in einer Branche, die in
den letzten Jahren ein enormes Wachstum hingelegt hat.“ Ein Schock, den
sie auch persönlich erst verkraften musste, wie sie in der zweiten Runde der
Reihe „VBV im Diskurs“ zu den Folgen der Corona-Krise selbst eingesteht.

So unmittelbar hat das der Bauunternehmer Hubert Rhomberg aus Bre-
genz zwar nicht erlebt – nach einem kurzen Stillstand gab es wieder regen
Betrieb auf den Baustellen – aber auch er sieht schwere Zeiten auf die
Wirtschaft zukommen: „Bei uns schlägt der Komet erst in 18 Monaten ein“,
so Rhomberg. „Alles was wir jetzt machen, wurde vor zwei Jahren entschie-
den. Aber jetzt wird nichts bauverhandelt.“ Wie es weitergeht ist unklar.

Optimismus überwiegt

Und trotzdem gibt es in der Diskussionsrunde keine hängenden Köpfe. Fast scheint es so, als hätten die Unternehmerinnen und Unternehmer auf diese Chance gewartet. Auf die Möglichkeit, Dinge ganz anders anzulegen. Den Mut zu haben, neu zu denken, ist für die Hotelchefin Reitterer das Gebot der Stunde. Nach dem anfänglichen Schock musste sie sich erst „einschwingen“, um dann letztendlich alle mitreißen zu können.

Es gehört wohl zum genetischen Grundmaterial einer Unternehmerpersönlichkeit, immer mehr Chancen als Risiken zu sehen und auch Rhomborg leugnet nicht, sich auch Sorgen zu machen, aber der Optimismus überwiegt. „Mir kommt die Sache nicht ungelegen. Jetzt kann ich in verschiedenen Bereichen etwas verändern.“

Wie tiefgreifend solche Veränderungen möglicherweise sind und dass sich die Zukunft des Wirtschaftens von der Vergangenheit deutlich unterscheiden könnte, unterstreicht der bekannte Chocolatier Josef Zotter: „Es irritiert mich, wenn alle vom ‚Wiederaufbau‘, vom schnellen ‚Wiederhochkommen‘, reden. Das ist ja eine Bedrohung.“ In den letzten Jahrzehnten sei alles unhinterfragt auf Wachstum ausgerichtet gewesen.

Wirtschaftswissenschaftler Bert Rürup erwartet auch, dass viele Menschen in der liberalen Ellbogengesellschaft keine Zukunft mehr sehen werden,

„Wir müssen auch einmal nachdenken, dass es auch ein Schrumpfen geben kann.“

Josef Zotter

nachdem sie Erfahrungen mit einer „Corona-Solidargemeinschaft“ gemacht haben. Zudem schalteten die Industrieländer im Zeichen der Covid-19-Pandemie den Markt weitgehend aus und der „fürsorgende Staat“ trat wieder als Ordnungsmacht an seine Stelle. In der Krise bietet sich also die Chance, Tabus zu brechen und ernsthaft über Dinge wie das bedingungslose Grundeinkommen, die Zukunft des Generationenvertrags oder das neoliberale Wachstumspostulat zu diskutieren.

„Wir müssen auch einmal nachdenken, dass es auch ein Schrumpfen geben kann“, sagt Zotter. Sonst sei auch der Green Deal, den die EU mit viel Mühe vereinbart hat, in Gefahr.

Unterstützung erhält er dabei von Wolfgang Anzengruber, Vorstandsvorsitzender der Verbund AG. Er befindet sich in einer völlig anderen Situation als Josef Zotter, der Eigentümer seines Unternehmens ist und seine Wachstumsziele selbst bestimmt. Anzengruber hingegen sitzen Aktionäre gegenüber. „In Börsenunternehmen ist man getrieben durch die Entwicklungen auf den Finanzmärkten, durch Analysten. Aber man sollte sich nicht immer ausschließlich darauf konzentrieren, was gerade im Moment zu bewältigen ist.“ Langfristige Strategien lohnen sich. Außerdem will Anzengruber Wachstum nicht nur an der Quantität festgemacht wissen, sondern auch an einer Qualitätssteigerung. „Die Perversionen der Vergangenheit mit immer mehr, immer größer, sind kein Zukunftssystem, auf dem man aufbaut“, so Anzengruber, der auch anmahnt, die bestehenden Wertschöpfungsketten zu überdenken. „Da sind wir in eine Globalisierungsfalle gegangen.“ Just-in-Time Fertigung von möglichst kostenschonenden Lieferanten aus Billiglohnländern hat sich in Corona-Zeiten als nicht krisenfest herausgestellt.

„Die Perversionen der Vergangenheit mit immer mehr, immer größer, sind kein Zukunftssystem, auf dem man aufbaut.“

Wolfgang Anzengruber

Nachhaltigkeit macht robust

Dagegen konnten nachhaltige Modelle ihre beachtliche Resilienz unter Beweis stellen. Eine Erfahrung, die auch Hotelmanagerin Michaela Reitterer teilt. Ihr Haus wird positiver wahrgenommen als andere, ein Vorteil auch nach der Krise. „Als nachhaltiges Unternehmen haben wir ja auch eine Geschichte zu erzählen. Ich muss nicht nur über den Preis agieren, denn das funktioniert nur kurzfristig“, so Reitterer, die als Präsidentin der Österreichischen Hoteliervereinigung vorsteht.

Nachhaltigkeit ist in diesem Kontext keine wirtschaftliche Bürde, die man auf sich nimmt, sondern wird zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor. Roland Fink geht es dabei auch um den gesellschaftlichen und sozialen Aspekt, speziell was den Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und deren faire Bezahlung betrifft. Niceshops setzt seit Jahren auch

auf Klimaneutralität und unterscheidet sich damit von amazon oder zalando. „Wir sind stolz darauf, dass die Erträge passen und wir wirtschaftlich überleben, obwohl wir es ganz anders machen“, sagt Fink.

In der Geldanlage hat sich der Nachhaltigkeitskurs ebenso bewährt. „Auch während der Krise hatten nachhaltige Investments keine Performance-Nachteile“, erklärt Andreas Zakostelsky, Generaldirektor der VBV-Gruppe. Das kommt seiner Ansicht nach nicht von ungefähr. Nachhaltige Unternehmen agieren langfristig und sind daher auch in Krisenzeiten stabiler.

Kein Zurück zum alten Modell

Die zentrale Frage für den anstehenden Wiederaufbau, ist nun jene, ob wir uns weiterhin auf den gewohnten und eingefahrenen Gleisen der Vergangenheit bewegen, oder ob wir zu einer nachhaltigeren und klimaneutralen Form des Wirtschaftens finden. „Investieren wir uns in die Vor-Corona-Zeit, wo wir wissen, dass einige Dinge pervertiert waren, oder können wir uns zukunftsorientiert aufstellen?“, bringt es Wolfgang Anzengruber auf den Punkt. Aus seiner Sicht liegt die Antwort auf der Hand, denn die Corona-Krise ist zwar schlimm, „aber was uns in punkto Klimakrise bevorsteht ist viel, viel stärker“.

„Die ganz große Krise kommt nicht von heute auf morgen – sie beginnt bereits. Das ist der Klimawandel.“

Andreas Zakostelsky

Politik und Gesellschaft befindet sich hier tatsächlich an einem Scheideweg. „Die ganz große Krise kommt nicht von heute auf morgen“, ist auch Andreas Zakostelsky überzeugt, „sondern sie hat bereits sukzessive begonnen. Das ist der Klimawandel. Das muss man der Bevölkerung klarer sagen.“ Aus seiner Sicht ist es unbedingt notwendig, dazu einen gesellschaftlichen Grundkonsens herzustellen. Auch deshalb unterstützt

die VBV-Gruppe Initiativen zur Forcierung der Klimaschutzbemühungen – etwa den von der Organisation respACT formulierten „Appell Zukunftsfähigkeit“, in dem österreichische Unternehmen ein entschlossenes Vorgehen in der nachhaltigen Weiterentwicklung von Wirtschaft und

Gesellschaft fordern, oder den offenen Brief der „Climate Group“ an die heimische Regierung. Darin fordern namhafte Akteure wie Spar, ÖBB, Vöslauer, Ikea sowie eben die VBV eine ökosoziale Steuerreform und den Abbau umweltschädlicher Subventionen. Konjunkturbelebend investiert werden soll in die thermische Sanierung, den Ausbau von Bahn- und Fahrradinfrastruktur, Photovoltaik und Windkraft.

Der „Green Deal“, den die EU-Kommission erst vor wenigen Monaten vorgelegt hat und der Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent mit einer nachhaltigen Wirtschaft machen soll, liegt Zakostelsky besonders am Herzen. Allerdings besteht in der jetzigen Wirtschaftskrise die Gefahr, dass die Mitgliedsstaaten diesen Pakt wieder aufschüren, um mit einem Verzicht auf Nachhaltigkeit vermeintlich rasch der Konjunkturdelle zu entinnen. „Österreich“, so fordert Zakostelsky, „muss die EU-Kommission als Musterschüler hinsichtlich Green Deal unterstützen.“

Für Anzengruber ist in diesem Zusammenhang klar, dass man nicht darum herumkommen wird, eine Bepreisung für CO₂-Emissionen einzuführen. Es ist nicht zielführend, wenn etwa Lebensmittel über tausende Kilometer transportiert werden, aber dieser Faktor in der Kalkulation keine Rolle spielt. „Wir werden die Elektromobilität nicht voranbringen, wenn wir die fossile Energie nicht entsprechend bewerten“, meint Anzengruber, der mittlerweile auch bei der Regierung einsetzendes Verständnis für diese Maßnahme feststellt.

Den Blutverlust der Wirtschaft stoppen

Kurz- und mittelfristig, so der Vorstandsvorsitzende des Verbund, ist jetzt wichtig, die Liquidität der Unternehmen zu sichern, „um den Blutverlust zu stoppen“. Vor allem mittelständische Unternehmen werden ein Problem mit Eigenkapital bekommen. „Man muss sich überlegen, ob man ein mittelständisches Eigenkapitalinstrument aufsetzt“, sagt Anzengruber. Die Unternehmen werden die Krise wohl überstehen, aber ob sie anschließend wieder Fuß fassen, wird eine Eigenkapitalfrage sein.

„Wir müssen jetzt für die Zukunft agieren. Und zwar in die Richtung, dass wir Unternehmen Eigenkapital zur Verfügung stellen.“

Michaela Reitterer

wird, welche Unternehmen und Branchen tatsächlich betroffen sind. „Man muss diese Diskussion sachlich führen“, so Reitterer.

Das sieht auch Michaela Reitterer so: „Wir müssen jetzt für die Zukunft agieren. Und zwar in die Richtung, dass wir Unternehmen Eigenkapital zur Verfügung stellen.“ Fremdkapitalinstrumente, wie geförderte Kredite, sind aus ihrer Sicht nicht das Mittel der Wahl, weil diese die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft belasten. Gleichzeitig fordert die Hotelmanagerin aber auch, dass da nicht mit der Gießkanne verteilt wird, sondern Zuschüsse an Nachhaltigkeitskriterien geknüpft werden und ganz genau geprüft

INFO

Der „Appell Zukunftsfähigkeit“ des Unternehmensnetzwerks respACT

Das Austrian Business Council for Sustainable Development – kurz respACT – ist eine österreichische Unternehmensplattform für verantwortungsvolles Wirtschaften. Der Verein zählt rund 300 Mitglieder – darunter Großkonzerne ebenso wie Kleinunternehmen. Im Zuge der Corona-Krise hat respACT einen „Appell Zukunftsfähigkeit“ an die österreichische Bundesregierung gerichtet. Darin sind folgende Forderungen enthalten:

1. Ein **Konjunkturpaket**, das die Folgen der Corona-Pandemie lindern soll, muss an den UN-Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet werden. Konkret bedeutet das, dass die Maßnahmen nicht nur der Wirtschaft auf die Beine helfen, sondern auch Klimakrise, Umweltverschmutzung, Biodiversitätsverlust, soziale Ungleichheit und Migrationsbewegungen berücksichtigen sollen.
2. Auf Basis des ambitionierten Regierungsprogramms, das auf nachhaltige Entwicklung setzt und die Klimaneutralität bis 2040 vorsieht, sollen Rahmenbedingungen gesetzt werden, die mit den langjährigen **Planungshorizonten** von Unternehmen kompatibel sind.

3. Mit zielgerichteten Anreizen und Investitionen soll die Entwicklung zukunftsweisender **Innovationen** unterstützt werden. Damit könnten die Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit aus Österreich kommen. Regionale Produkte, Dienstleistungen und Wertschöpfungsketten bedürfen vermehrter Aufmerksamkeit, die Abhängigkeit von globalen Liefer- und Leistungsketten gilt es zu reduzieren.
4. Die Regierung soll künftige **Risiken** aufzeigen, die Unternehmen drohen, falls sie Nachhaltigkeit nicht in ihre strategische Ausrichtung einbeziehen. Gleichzeitig sollen Anreize für nachhaltiges Wirtschaften und für das Lenken privater Finanz- und Kapitalströme auf grüne Investitionen gesetzt werden.
5. Österreich soll eine internationale **Vorreiterrolle** einnehmen. Die sozialen, politischen, ökologischen und finanziellen Voraussetzungen für die Transformation hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft sind in Österreich gegeben.

Macht man das nicht, besteht die Gefahr großer Streuverluste, geringer Wirkung und im schlimmsten Fall noch auf Kosten des Klimaschutzes. „Geld hat die Tendenz, wie Wasser dorthin zu fließen, wo es am leichtesten runterrinnt“, formuliert Josef Zotter seine Bedenken. „Wenn man es nicht lenkt, bleibt es immer im Stausee, wo es ohnehin schon genug gibt. Das bringt uns nicht weiter.“

Dem kann Hubert Rhomberg auch einiges abgewinnen: „Wenn wir nicht gleichzeitig am System drehen, dann schmeißen wir ganz viel Geld in ein bestehendes System, das gar nicht so viel bearbeiten oder aufholen kann.“ Dann würde die „alte Welt-Struktur“, wie er es formuliert, einzementiert. Eine Art des Wirtschaftens, die uns in die aktuelle Lage gebracht hat, und in der der Bauunternehmer auch noch etwas schmerzlich vermisst: einheitliche Regeln – zumindest auf europäischer Ebene – und einen Abbau unnötiger Bürokratie.

„Wenn wir nicht gleichzeitig am System drehen, dann schmeißen wir ganz viel Geld in ein bestehendes System, das gar nicht so viel bearbeiten oder aufholen kann.“

Hubert Rhomberg

„Wir verwalten uns zu Tode“, klagt Rhomberg. Viel zu viele qualifizierte Leute würden sich mit Tätigkeiten herumschlagen, die niemandem nutzen. Wer Formulare ausfüllt, kann nicht an anderer Stelle sinnvoll produktiv tätig sein. Verwaltungsvereinfachung heißt für ihn auch Transparenz und die Etablierung eines „Level Playing Field“, wo jeder Akteur die gleichen Regeln zu beachten hat und dadurch Chancengleichheit besteht. „Wir müssen Regeln abschaffen, wir müssen lernen, dass wir uns den Planeten teilen und uns vertrauen“, meint Rhomberg. Er hat kein Verständnis dafür, dass ein Gebäude, das etwa in Wien gebaut wurde, in Hamburg neuerlich geprüft werden muss. „Als wäre die Physik dort eine andere.“ Solche Schranken müssen seiner Ansicht nach weg. „Wenn etwas in einem Land genehmigt ist, soll das im anderen Land auch gelten.“ Speziell in der Krise haben Unternehmen andere Prioritäten als sich mit Bürokratie herumzuschlagen.

Flexibilität ist das Mittel der Wahl

Die Aufgabe besteht jetzt vor allem darin, kurz- und mittelfristig die Corona-Effekte zu meistern und sich langfristig auf neue Rahmenbedingungen einzustellen. Keiner der Unternehmerinnen und Unternehmer aus der Gesprächsrunde macht sich Illusionen, dass man rasch wieder so etwas wie Planungssicherheit herstellen kann. „Das Leben wird unsicher bleiben“, meint Wolfgang Anzengruber. Er kennt die Sehnsucht, dass alles nach Plan läuft und die errechneten Forecasts tatsächlich eintreten. „Wir beschäftigen uns ja auch mit Prognosen, aber die haben eines gemeinsam: Sie sind alle falsch im Nachhinein. Wer hatte schon eine Pandemie in seiner Prognose?“

Der aktuellen Unsicherheit können Unternehmen vorwiegend ihre Flexibilität und ihren Optimismus entgegensetzen. Im besten Fall wird man dann im Rückblick auf diese Zeit, so wie Roland Fink, auch sagen können „total crazy“. Total crazy wie wir damals die Kurve gekriegt haben und uns entschieden haben, „Nachhaltigkeit“ nicht nur in Hochglanzbroschüren zu schreiben, sondern nach diesem Prinzip unsere Wirtschaft neu aufzubauen. ■

Nachhaltige Wirtschaft post Corona – was sagen Österreichs Unternehmen?

VIDEO



Mittwoch, 27. Mai 2020



Das komplette Gespräch finden Sie unter

You Tube <https://www.youtube.com/watch?v=defeb8P-54Y>

Die Medien und die Krise

VBV im Diskurs – 09. Juni 2020

Nachhaltige Wirtschaft post Corona – wie sehen heimische JournalistInnen die Zukunft?

Unsere Leitfragen dazu:

- Was braucht es für eine nachhaltige Zukunft aus der Sicht von JournalistInnen?
- Was wird und muss sich auf längere Sicht ändern?
- Wie können wir eine zukunftsfähigere und resilientere Gesellschaft aufbauen?
- Was können Medien, was kann Kommunikation dazu beitragen?
- Welchen Stellenwert haben klassische Medien dabei? Welche Aufgaben übernehmen „neue Medien“? Wo sind die Problembereiche?
- Welche politischen Weichenstellungen sind jetzt dafür notwendig?

Zu Gast:

Dr. Eric Frey

Der Standard

Eric Frey ist Chef vom Dienst beim Standard. Er war Leiter des Auslands- und Wirtschaftsressorts, ist für den Bereich Wirtschaft & Recht zuständig und schreibt den Blog „Krisenfrey“.



Mag. Dejan Jovicevic

Brutkasten

Dejan Jovicevic ist Gründer und CEO des Brutkasten, der sich als multimediale Plattform für Startups, für die digitale Wirtschaft und für Innovation versteht. Er unterrichtet Media Innovation an der FH Wien und ist im Österreichischen Presserat aktiv.



Mag. Stefan Kaltenbrunner

PULS 24

Stefan Kaltenbrunner ist Chefredakteur des neuen österreichischen Nachrichtensenders PULS 24. Er war Chefredakteur der Medienplattform Addendum und des Onlineportals vom Kurier.



Dr.ⁱⁿ Anneliese Rohrer

Autorin

Anneliese Rohrer hat Jahrzehnte in der Presse als Leiterin der Innenpolitik und Außenpolitik gearbeitet. Sie ist Autorin, Bloggerin für „Rohrers Reality-Check“, und Lehrende für Journalismus an der FH Wien.



Eva Konzett

Falter

Eva Konzett ist Redakteurin bei der Wochenzeitung Falter. Sie – wie auch die anderen in der Runde – wurde mehrfach für ihre Arbeit ausgezeichnet.



Der Journalismus hat

unter der Situation der letzten Monate sowohl gelitten als auch profitiert. In der Krise wird offensichtlich wie wichtig profunder Journalismus als vierte Säule im Staat ist.

Die Medien und die Krise

Die dritte Runde der Online-Diskussionsreihe „VBV im Diskurs“ stand ganz im Zeichen der Rolle der Medien – während der Corona-Krise, im Zusammenhang mit dem Klimawandel und in ihrem Verhältnis zur Politik. Der Journalismus hat unter der Situation der letzten Monate sowohl gelitten als auch profitiert. Im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Klimawandels kommt ihm eine zentrale Rolle zu.

Guter Journalismus zeichnet sich durch sorgfältige Recherche, kritisches Hinterfragen und dem Einholen von Zweitmeinungen aus. Die ungefilterte Übernahme von Presseinformationen aus Politik oder Wirtschaft ist so ziemlich das Gegenteil davon. Und dennoch haben die heimischen Medien in den ersten Tagen und Wochen der Corona-Krise genau das gemacht: abgedruckt und aufgezeichnet, was in Pressekonferenzen und Aussendungen von der Regierung mitgeteilt wurde.

„Es hat mich erschüttert, wie schnell die Medien auf ihre ureigenste Aufgabe, nämlich auf das Nachfragen, vergessen haben“, stellt die Doyenne des österreichischen Journalismus, Anneliese Rohrer fest, für die sich der Journalismus dieser Tage zum Teil wie Propaganda anfühlte. „Das hat mir Unbehagen bereitet.“ Sie gibt aber auch zu, dass dieser anfängliche Reflex auch sie selbst erfasst hat. In dieser Situation liefen die Redaktionen heiß, der Druck zu informieren, zu produzieren war enorm.

„Es hat mich erschüttert, wie schnell die Medien auf ihre ureigenste Aufgabe, nämlich auf das Nachfragen, vergessen haben.“

Anneliese Rohrer

„Ich wäre nie auf die Idee gekommen zu zweifeln, dass das, was die Regierung verkündet, eigentlich ihre Entsprechung in den rechtlichen Dingen nicht hat. Ich war überrascht, wie sich diese Diskrepanz aufgetan hat“, sagt Rohrer, die damit mündlich kommunizierte Restriktionen – etwa zu den Osterfeiertagen – anspricht, die in den tatsächlichen Verordnungen gar nicht enthalten waren.

Das Team von Stefan Kaltenbrunner, Chefredakteur des Senders Puls 24, war bei vielen Corona-Pressekonferenzen der Regierung vor Ort, um diese live zu

„Da kommt man in den Verdacht, dass man Erfüllungsjournalismus macht.“

Stefan Kaltenbrunner

übertragen. Auch ihm war nicht immer ganz wohl bei der Sache. „Da kommt man in den Verdacht, dass man Erfüllungsjournalismus macht.“ (Stefan Kaltenbrunner) Er hat versucht, dem entgegenzuwirken, indem auch unabhängige Expertinnen und Experten zu Wort kamen, um ihre Sicht der Dinge zu erläutern.

Die Schockstarre der Medien löste sich. „Wir haben nach einigen Wochen ganz klar gesehen, dass wir in der Krise weiterhin tun müssen, was wir davor auch getan haben: Hinschauen, nachfragen, analysieren, recherchieren und die Krise ganzheitlich betrachten“, erklärt Eva Konzett, Journalistin bei der Wochenzeitung Falter. Dort wurde Ende März ein Interview mit dem Wiener Gesundheitsstadtrat Peter Hacker abgedruckt, in dem dieser Kritik an manchen Maßnahmen der Regierung übte. Eine erste Abweichung von der übergreifenden Message Control und gleichzeitig der Startschuss für die Medien, wieder ihrer Kontrollfunktion als vierte Macht im Staat nachzukommen und auch Gegenpositionen Platz zu geben.

In der Krise Gewinner und Verlierer zugleich

Hat die Krise gerade die österreichische Medienlandschaft besonders gefordert, vielleicht sogar überfordert? Schließlich war sie doppelt von Corona betroffen. Einerseits gab es einen enormen Informationsbedarf in der Öffentlichkeit und auch eine gewisse Verantwortung, sich an der Bewältigung der Krise zu beteiligen. Das wirkte sich positiv auf Verkaufszahlen und Einschaltquoten aus. Dennoch wurde es für viele Medienunternehmen wirtschaftlich eng. Teilweise brachen bis zu 50 Prozent der Anzeigeneinnahmen weg. Mancherorts war es nötig, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kurzarbeit zu schicken – und das bei deutlich gesteigener Arbeitslast.

„Medien sind Krisengewinner, weil sich jeder auf die Medien stürzt und alles erfahren möchte und gleichzeitig sind sie die großen Krisenverlierer, weil die Geschäftsmodelle so überhaupt nicht krisenresistent sind“, zieht Eric Frey, Chef vom Dienst bei der Tageszeitung Der Standard Bilanz.

Die wirtschaftliche Situation der österreichischen Medien, und hier vor allem der Qualitätsmedien, ist seit Jahren prekär. Die Krise macht diese Schwäche nur noch offenkundiger. Eine Publikation vom Schläger einer Neuen Zürcher Zeitung oder der Frankfurter Allgemeinen ist in Österreich undenkbar. Das liegt nicht nur an der Potenz wirtschaftlicher Unternehmen, die Medien über Anzeigen finanzieren, sondern auch daran, welche Medienlandschaft die Politik stützt.

Eine Reform der heimischen Medienförderung wird seit Jahren gefordert. Diese steht nämlich im Ruf, weniger Qualitätsmedien zu unterstützen als vielmehr den Boulevardjournalismus. Und das, obwohl die Produktion von qualitätsgetriebenen Inhalten weitaus mehr Aufwand verursacht. Auch die eigens geschnürte Corona-Förderung für Medienunternehmen schlug in diese Kerbe, indem sie vor allem auf die Druckauflage abstellte. Damit erhielt beispielsweise die Gratiszeitung Heute aus diesem Topf fast zwei Millionen Euro, während auf Die Presse nur etwas mehr als 220.000 entfielen.

Neben der gesetzlich geregelten Presseförderung, sowie der Privatrado- und TV-Förderung besteht eine rund sechsmal so große informelle Förderung durch Inserate öffentlicher Stellen sowie Betrieben, die sich ganz oder teilweise in Staatsbesitz befinden. Im Jahr 2018 wurden auf diese Weise 178 Millionen Euro vergeben. Wiederum auch zum überwiegenden Teil an Boulevardmedien und ohne die Transparenzstandards der eigentlichen Förderschiene.

Somit entsteht der Eindruck einer wechselseitigen Abhängigkeit – wohlwollende Berichterstattung gegen Budgetmittel – die der eigentlichen Kontrollfunktion der Medien widerspricht. Die in dieser Gleichung nicht vorkommenden Qualitätsmedien leiden unter permanentem Kostendruck, der letztlich dazu führt, dass aufwändige Arbeit an komplexen Themen oftmals zu kurz kommt.

Die Medien und die Klimafrage

Schwierig vermittelbare Zusammenhänge gibt es etwa im Bereich des Klimawandels etliche. Auch in dieser Krise kommt dem Journalismus die Schlüsselrolle zu, aufzuklären und sinnvolle Verhaltensweisen zu skizzieren.

Eine Aufgabe, die nur von Medien mit Qualitätsanspruch erfüllt werden kann, wie der Generaldirektor der VBV-Gruppe, Andreas Zakostelsky, erklärt: „Manche Themen lassen sich eben nicht auf einen Einspalter reduzieren.“

Zakostelsky appelliert an die Medien, die Frage des Klimawandels nicht aus den Augen zu verlieren, auch wenn Corona aktuell das alles beherrschende Thema ist. Allerdings ist auch das eine Frage mangelnder Ressourcen. Zum einen in den Redaktionen, die nicht dazu aufgestellt sind, zwei Mega-Themen gleichzeitig abzudecken und zum anderen bei den

INFO

Die vierte Macht im Staat und das liebe Geld

Die Gewaltenteilung ist das leitende Grundprinzip von Demokratien. Üblicherweise spricht man von drei Gewalten, die sich die Macht im Staat aufteilen und sich bei deren Ausübung gegenseitig kontrollieren: die Exekutive, das ist im Wesentlichen die Regierung, die Legislative, also die Gesetzgebung und die Judikative, die Rechtsprechung.

Häufig werden die Medien in diesem Zusammenhang als die **vierte Macht** im Staat bezeichnet. Sie sollen durch ihre Arbeit vor allem das Tun der Regierenden kontrollieren und bei Bedarf kritisieren. Gleichzeitig sollen sie informieren und aufklären, ohne als nicht hinterfragendes Sprachrohr der Politik zu fungieren. Umso wichtiger ist deren Funktion, wenn die Trennung von Exekutive und Legislative nicht eindeutig gegeben ist, weil etwa die Mehrheit der Sitze in einem Parlament von den regierenden Parteien besetzt wird und daher ein **Abhängigkeitsverhältnis** besteht. Ebenso hat die Exekutive Einwirkungsmöglichkeiten auf die Judikative – über Weisungsrechte oder die Möglichkeit, wichtige Positionen in der Rechtsprechung direkt zu besetzen.

In Österreich wird häufig kritisiert, dass auch die vierte Macht im Staat ihrer Arbeit nicht vollumfänglich nachkommen kann, weil kritischer **Qualitätsjournalismus** nicht ausreichend mit notwendigen Fördermitteln ausgestattet wird. Im Gegenteil – so die Kritik – besteht ein Naheverhältnis von Regierenden und Boulevardmedien.

Dieses äußert sich in häufigen Inseraten öffentlicher und halböffentlicher Stellen und Unternehmen in entsprechenden Zeitungen. Es wird der Verdacht erhoben, dass es sich dabei um einen Abtausch von Geld gegen wohlwollende Berichterstattung handelt. Der Österreichische PR-Ethik-Rat hat diese wechselseitig Abhängigkeit schon mehrfach kritisiert und in diesem Kontext von „Übergriffigkeiten“ nach der Devise „Entweder Sie schalten oder wir schreiben etwas Negatives“ berichtet.

Diese Praxis führt zu einem wirtschaftlichen **Ungleichgewicht** zwischen Boulevard und Qualitätsjournalismus und hebelt die Kontroll- und Informationsfunktion der Medien aus. Dabei ist die insbesondere bei komplexen Themen, wie dem Kampf gegen den Klimawandel, von großer Bedeutung. Nur eine gut informierte Öffentlichkeit wird bereit sein, notwendige Änderungen im Verhalten mitzutragen.

Nicht minder kritisch für klassische Medien sind Aufstieg und nach wie vor anhaltender Bedeutungszuwachs der **Social Media**. Mit diesen bekommt die Zivilgesellschaft die Möglichkeit, vom reinen Rezipienten zum Produzenten relevanter Inhalte zu werden. Vor allem beim Klimathema spielt dieser Zusammenhang eine wesentliche Rolle. Die weltumspannende Bewegung „Fridays for Future“ wäre ohne Social Media nicht denkbar.

Manche BloggerInnen und InfluencerInnen stellen TV oder Zeitungen reichweitenmäßig in den Schatten – das gilt vor allem für die wichtige Zielgruppe der jungen Menschen. Klassische Medien verlieren damit nicht nur ihre Deutungshoheit, sondern müssen auch den **Abfluss von Werbegeldern** und Inseraten in den Bereich der Social Media verkraften.

Soll die vierte Macht im Staat ihrer Funktion ernsthaft nachkommen, so sehen Expertinnen und Experten eine grundlegende Reform der heimischen **Medienförderung**, die auch die öffentliche Vergabe von Inseraten inkludiert, als unumgänglich. Im Regierungsprogramm 2020 wären die Weichen dafür gestellt. Dort ist die Rede von einer „Überprüfung der derzeitigen Vergabe- und Förderkriterien“ und von einer „Überprüfung der Kriterien der Inseratenvergabe der öffentlichen Verwaltung und staatsnaher Unternehmen“. Die Zukunft wird zeigen, wie weit die Politik hier bereit ist zu gehen.

Leserinnen und Lesern, deren Aufmerksamkeit ebenso begrenzt ist. Wissenschaftsredakteure sind ein rares Gut, wie Stefan Kaltenbrunner erklärt, und die Kosten- und Ressourcenfrage trifft TV-Medien noch viel mehr als Printjournalismus.

„Es ist die ganz große Herausforderung der Medien, die Aufmerksamkeit der Menschen und der Politik für dieses langfristige, komplexe aber unglaublich wichtige Thema Klimaschutz einzufangen und zu stärken.“

Eric Frey

Letztes Jahr sei das Klimathema quer durch alle Ressorts behandelt worden, so Eric Frey. Auch Greta Thunberg, als Ikone der Klimabewegung, habe zu einem erhöhten Interesse beigetragen. Im Augenblick ist das Klimathema aber mittelmäßig interessant. Den Leuten ist es nicht egal, aber jeder hat ein begrenztes Aufmerksamkeitsbudget. Bis März 2020 war es das Klima, dann kam Corona, jetzt ist gerade „Black Lives Matter“ aktuell, dann werden voraussichtlich wieder die Themen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise stärker in den Fokus rücken. „Es ist die ganz große Herausforderung der Medien, die Aufmerksamkeit der Menschen und der Politik für dieses langfristige, komplexe aber unglaublich wichtige Thema Klimaschutz einzufangen und zu stärken“, so Frey.

Dass die Klimafrage aber noch lange nicht vom Tisch ist, davon ist Eva Konzett überzeugt: „Jetzt sind alle Energien in die Corona-Pandemie geflossen, weil alle betroffen waren. Aber die Aufmerksamkeit liegt nur etwa zehn Wochen darauf. Im Jahresverlauf ist das relativ wenig.“ Sie hofft vor allem auch auf den Green Deal der Europäischen Union und grüne Konjunkturpakete, die wieder einen Aufmerksamkeitschub bewirken könnten.

Aufklären und Dilemmata aufzeigen

Genau hier müssen in einem Land wie Österreich, in dem das Wissen in der Bevölkerung um finanztechnische und wirtschaftliche Zusammenhänge keineswegs zufriedenstellend ist, die Medien ihre aufklärerische Funktion wahrnehmen. „Wenn, wie bei Green Finance, zwei komplexe Themen

zusammenkommen, nämlich Nachhaltigkeit und Finanzen, dann ist das wirklich keine leichte Geschichte“, weiß VBV-Generaldirektor Andreas Zakostelsky aus Erfahrung.

Mit positivem Beispiel voran geht hier Dejan Jovicevic, CEO der Online-Plattform „der Brutkasten“. Um den Leserinnen und Lesern seines Mediums die Möglichkeit zu geben, ein gesamthafte Bild auf wichtige Themen werfen zu können, hat er eigene Kanäle zum Thema „Political Literacy“ und „Financial Literacy“ eingerichtet. Dabei geht es ihm darum, die Bevölkerung kompetent und fit für Finanz- oder Politikthemen zu machen. Denn erst durch ein gewisses Maß an Grund- und Überblickswissen, lassen sich Zusammenhänge erschließen und das wiederum macht ein Thema interessant und generiert Aufmerksamkeit.

„Erst durch ein gewisses Maß an Grund- und Überblickswissen, lassen sich Zusammenhänge erschließen.“

Dejan Jovicevic

Den Klimawandel ernsthaft zu bekämpfen heißt auch, Dilemmata und widersprüchliche Interessen aufzuzeigen. Direkte, kurzfristige, individuelle Interessen, stehen in diesem Kontext häufig dem Gemeinwohl entgegen. Das Betreiben aktiver Klimapolitik impliziert etwa die Bepreisung von Kohlendioxid-Emissionen, womit zwangsläufig die Treibstoffpreise steigen. Das trifft die Pendler. „Über diese Dilemmata wird viel zu wenig gesprochen“, meint Eric Frey. „Am Sonntag hält man eine Rede über den Klimaschutz und am Montag für die Pendler und beiden sagt man: Ihr bekommt, was ihr braucht.“ Genau hier müssen die Medien einhaken und aufzeigen, dass nicht immer alles gleichzeitig möglich ist und Abwägungen getroffen werden müssen.

Journalismus und demokratische Nachhaltigkeit

Die politischen Weichenstellungen der nächsten Monate werden entscheiden, ob die Corona-Krise zu einem Katalysator für eine fokussierte und verstärkte Klimapolitik werden kann. Auf europäischer Ebene wird aktuell hart darum gerungen, ob Hilfspakete an entsprechende Vorgaben gebunden werden müssen. So fordert das EU-Parlament, dass die zusätzlichen

„ Wenn der grüne und nachhaltige Aufbau der EU gelingt, wird das eine unglaubliche Signalwirkung haben auf die restliche Welt, auch auf die USA oder China. “

Eva Konzett

Auf der anderen Seite gibt es aber auch die Forderung, besonders betroffene Mitgliedsstaaten der EU bedingungslos zu unterstützen. In letzter Konsequenz würde das bedeuten, dass Wiederaufbaumittel auch für Kohlekraftwerke oder Abwrackprämien für Autos mit Verbrennungsmotoren verwendet werden könnten. Dieses Ringen um die künftige Grundausrichtung des wirtschaftlichen Systems – ein neuer klimaneutraler Weg oder ein Weg in Richtung alte Realität – wird die kommenden Monate mitbestimmen.

Um diesen Diskurs zu einem öffentlichen zu machen, ist Qualitätsjournalismus unabdingbar. Qualitätsjournalismus, der von der Politik mit ausreichend Mittel gefördert und unterstützt wird, um seiner Aufgabe nachkommen zu können. Denn, wie Anneliese Rohrer sagt, „wir müssen auch auf die Nachhaltigkeit der Demokratie achten“. Und diese ist ohne die vierte Macht im Staat, die den Regierenden kritisch und kontrollierend gegenübersteht, nicht erreichbar. ■

Mittel aus Corona-Hilfspaketen schwerpunktmäßig in die Umsetzung des „Green Deal“ und die digitale Agenda fließen müssen. „Die Europäische Union legt in ihrem Aufbau-Paket mehr als zwei Billionen Euro auf den Tisch, um diesen großen Schritt zu machen, grüner und sozialer zu werden. Wenn [der grüne und nachhaltige Aufbau der Europäischen Union] gelingt, wird das eine unglaubliche Signalwirkung haben auf die restliche Welt, auch auf die USA oder China“, ist Eva Konzett überzeugt.

Nachhaltige Wirtschaft post Corona – wie sehen heimische JournalistInnen die Zukunft?

VIDEO



Dienstag, 09. Juni 2020



Das komplette Gespräch finden Sie unter

 <https://www.youtube.com/watch?v=Cen5lsYfzPE>

Die Welt der VBV

3,8 Millionen Menschen

profitieren im Rahmen der Abfertigung NEU (VBV-Vorsorgekasse) und einer betrieblichen Zusatzpension (VBV-Pensionskasse) von unseren Leistungen. Diese stellen ergänzend zur staatlichen Pension eine wesentliche Säule der Altersvorsorge für alle ÖsterreicherInnen dar. Als Marktführer bei den Pensionskassen und den Vorsorgekassen ist es unser Ziel den Lebensstandard unserer KundInnen nachhaltig zu sichern. Die hohe Zufriedenheit unserer KundInnen bestätigt auf diesem Kurs.

Aus 100 wird 162

Aus 100 € wurden bei der VBV seit Beginn der Veranlagung 2003 über 162 € (inkl. Zinseszins).



Einzigartig

2019 wurde die VBV-Vorsorgekasse als einziges österreichisches Unternehmen in die weltweite Top-Nachhaltigkeitsgruppe (PRI-Leaders-Group) der von den Vereinten Nationen unterstützten PRI-Initiative aufgenommen.

88 Prozent

unserer Kundinnen und Kunden ist der Faktor Nachhaltigkeit in der Veranlagung wichtig.

97,9 Prozent

unserer Kundinnen und Kunden sind bezogen auf unsere Leistungen und unser Service sehr zufrieden mit uns.

Herausgeber

Andreas Zakostelsky

VBV-Gruppe

Andreas Zakostelsky ist Vorstandsvorsitzender der VBV-Vorsorgekasse und Generaldirektor der VBV-Gruppe. Er ist zudem seit vielen Jahren in der Wirtschaftskammer engagiert, seit 2010 Obmann des Fachverbandes der Pensionskassen sowie seit 2019 Bundesvorsitzender des Wirtschaftsforum der Führungskräfte. Davor war er einige Jahre Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat. Mit Umweltschutz hat er sich schon im Rahmen seiner Diplomarbeit befasst, d.h. auch er kennt sowohl die wirtschaftliche als auch die politische und ökologische Perspektive.

Prof. (FH) Gabriele Faber-Wiener, MBA

Center for Responsible Management

Gabriele Faber-Wiener ist Leiterin des „Center for Responsible Management“ und eine der führenden CSR- und Kommunikationsexpertinnen im deutschsprachigen Raum. Sie verfügt über Studienabschlüsse in Business Ethik und Responsible Management sowie Public Relations. Sie ist Universitätsdozentin und Vortragende an zahlreichen Universitäten und Studiengängen sowie Buchautorin zu den Themen Responsible Management und Responsible Communication. Die ehemalige Kommunikationschefin von Ärzte ohne Grenzen ist zudem seit über 10 Jahren Mitglied des Österreichischen PR-Ethik-Rats und Juryvorsitzende des TRIGOS, Österreichs höchste Auszeichnung für CSR und Nachhaltigkeit.

Impressum

Eigentümer und Verleger

VBV - Betriebliche Altersvorsorge AG
VBV - Vorsorgekasse AG
Obere Donaustraße 49-53, 1020 Wien
Tel.: +43 (0)1 / 240 10-0
r.greinix@vbv.at
p.eitzenberger@vorsorgekasse.at
Website: www.vbv.at
Firmenbuchnummer: fn 279897 p,
Handelsgericht Wien

Herausgeber

KR Mag. Andreas Zakostelsky,
VBV-Gruppe
Prof. (FH) Gabriele Faber-Wiener, MBA,
Center for Responsible Management
(Co-Herausgeber)

Leitung Gesamtprojekt

Mag. Rudolf Greinix, MBA (Leitung
Marketing & Öffentlichkeitsarbeit)
Mag. Peter Eitzenberger (Leitung
Kundenkommunikation, CSR-Beauftragter)

Redaktionelle Gestaltung der Berichte

Mag. Rita Starkl, MSc, RIM Management
KG

Produktion

Gestaltung, Satz, PPM
creativwerk
1100 Wien, Karl-Popper-Straße 22 Tel.:
01/ 486 68 68
agentur@creativwerk.com
www.creativwerk.com

Papier

Nautilus Superwhite 250g/120g
FSC Recycled

Fotos

Monika Auer, ÖGUT; Foto: Gregor Turecek
Mag. Barbara Blaha, Momentum Institut; Foto:
Ingo Pertramer/Momentum Institut
DI Ingmar Höbarth, Klima- und Energiefonds;
Foto: Andreas Scheiblecker
Prof. Dr. Martin Kocher, IHS;
Foto: Carl Anders Nilsson
Mag. Lukas Sustala, Agenda Austria;
Foto: Markus Rössle
DI Wolfgang Anzengruber, Verbund AG;
Foto: Vyhnalek.com
Roland Fink, Niceshops GmbH;
Foto: Günther Linshalm
Michaela Reitterer, Boutiquehotel Stadthalle,
Österreichische Hoteliervereinigung;
Foto: Franz Schädel
DI Hubert Rhomberg, Rhomberg Bau GmbH;
Foto: Dietmar Walser
Josef Zotter, Zotter Schokolade GmbH;
Foto: Heinz Tesarek
Dr. Eric Frey, Der Standard, Foto: Heidi Seywald
Mag. Dejan Jovicevic, Brutkasten;
Foto: Clemens Fabry
Stefan Kaltenbrunner, PULS 24;
Foto: Ursula Röck
Eva Konzett, Falter; Foto: Elke Mayr
Dr. Anneliese Rohrer, Die Presse;
Foto: Kat Rohrer

Grafik VBV-Welt: Benjamin Urbanek

Druck
Druckerei Bösmüller
Print Management GesmbH & Co. KG
2000 Stockerau,
Josef-Sandhofer-Straße 3
Tel.: 02266/681 80
office@boesmueller.at
www.boesmueller.at



Die Produktion dieses
Berichtes ist CO₂-neutral.

